

Die "Postwagen"
erhält täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 6/4,
durch die Post und
durch Kolporteur zu beziehen.
Preis vierjährlich M.R. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühr
beträgt für die einjährige
Periodizität oder deren Teile
20 Pfennige, für Periodik und
Veranstaltungen bis 10 Pfennigen.

Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werktägige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

Mit der illustrierten Zeitschrift „Die neue Welt“.

Nr. 168.

Mittwoch, den 22. Juli 1903.

14. Jahrgang.

Das Volkwerk der Reaktion.

Selbst dem 10. Juni geht in unserer Reaktionspresse das Nieden wider das Reichstags-Wahlrecht mit erneuter Heftigkeit los und Staatsweise aller Art strengen ihren Verstand an, das beste Mittel auszufinden, wie man diesen „demokratischen Fremdkörper“ — um mit dem braven „Reichsboten“ zu sprechen — aus dem Organismus des Reichs auf die bequeme Weise entfernen kann. Unter den wirklich recht hübschen Vorschlägen, die da laut geworden sind, hat einer ganz besonderen Anspruch auf Patentierung. Er lautet: Ernennung der Reichstags-Abgeordneten durch die Landtage der Einzelstaaten. In ihrer Einfachheit und ihrem Radikalismus eine wahrhaft geniale Idee:

Und was kein Verstand der Verständigen sieht,
Das über in Einfach ein kindlich Gemüth.

Unter einem Gesichtspunkte muß man es indes doch bedauern, daß dieser große Gedanke nur eine fromme Utopie ist. Denn soviel ist sicher, daß, wenn er das nicht wäre, dann mit dem Tage, wo er Wirklichkeit würde, das bestehende Landtags-Wahlsystem in Preußen rettungslos von selbst zusammenbrechen würde.

So billig soll das arbeitende Volk in Preußen es aber nicht haben. Will es dem unwürdigen Zustand, daß seine Partei, für die hier am 16. Juni mehr als 1,600,000 erwachsene männliche Staatsbürger gestimmt haben, im preußischen Landtag unvertreten ist, so muß es selbst den Moment herbeiführen, wo das Volkwerk, hinter welchem sich in Preußen die Reaktion verschrankt, unholzbar wird.

Es wird kein leichter Kampf werden, dieser Kampf wider das preußische Dreiklassen-Wahlsystem. Soviel Aufopferung auch in dem Reichstags-Wahlkampf entfaltet worden ist, den die Sozialdemokratie soeben mit gleichem Erfolg durchgesieht hat, so fällt das Geleistete doch verhältnismäßig leicht in die Waagschale gegenüber dem, was in einzelnen Wahlkreisen bei der Landtagswahl zu leisten sein wird. Es ist daher angezeigt, sich am Vorabend dieses Kämpfes zu vergegenwärtigen, was der preußische Landtag bedeutet.

Das verhältnismäßige Stillleben, das die Landtage heute im Gegensatz zum Reichstag führen, entzieht ihr Tun und Lassen für gewöhnlich dem Auge der großen Massen. Und doch sind die Beschlüsse des Landtages von nicht minder Bedeutung für das Wohl und Wehe des Volkes wie die des Reichstages. Ja, in vielen Fällen treffen die Landtagsbeschlüsse das Volk sehr viel stärker als die Beschlüsse des Reichstages. Ganz abgesehen davon, daß die Landtage berufen und je nachdem auch ernannt sein können, den Bundesrat zu kontrollieren, der im Reiche die Rolle einer Zweiten Kammer spielt. Tatsächlich ist ja der Bundesrat jene Delegiertenversammlung der Einzelstaaten, in die der konservative Staatsreiter, von dem wir oben gesprochen, den Reichstag verwandeln will.

Der preußische Landtag ist neuerdings

über und durch das ihm zuführende Budgetrecht, das Recht, alle Ausgaben des Staates zu kontrollieren und keine ohne seine Zustimmung gemachte Ausgabe zugulassen, in hohem Grade eine Verwaltungsherrschaft. Der letztere Umstand fällt um so mehr ins Gewicht, als der Staat durch die moderne Entwicklung immer größere Verwaltungsaufgaben zu lösen hat. Es mehrt sich steigend die Zahl derjenigen, die unmittelbar als Beamte, und derjenigen, die mittelbar in ihrem Wirtschaftsleben vom Staat abhängig werden.

In dieser Hinsicht ist vor allem daran zu erinnern, daß das Eisenbahnen zu neun Zehnteln heute Staatsangelegenheit ist. Die Eisenbahnen gehören in Preußen mit verschwindenden Ausnahmen dem Staat. Über die Bezahlung und Bezahlung der Beamten und Arbeiter, die im Eisenbahndienst beschäftigt sind, verfügt demnach der Staatsminister, den der Landtag zu kontrollieren hat. Erst in der letzten Session des Reichstages haben wir ein Beispiel davon gesehen, was das heißt. Raum, daß es möglich war, einige Fälle politischer Maßregelung von Eisenbahnherrn dort auch nur zur Sprache zu bringen. Sozialistischerseits mußte man sich erst darauf berufen, daß Minister Budde im Landtag erklärt hatte, sich im Reichstag über das Koalitionsrecht der Eisenbahner auseinandersetzen zu wollen, um wenigstens darüber einige Worte sagen zu dürfen, die aber, weil eben die Eisenbahn-Verwaltung den Staaten untersteht, auch nur Proteste blieben. Über die Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Eisenbahner hat der Reichstag beim heutigen Stande der Gesetzgebung nichts zu sagen, das ist die Domäne des Landtages, ebenso steht es mit vielen Einzelheiten der Tarifpolitik und der Verkehrsabordnungen. Wie oft es da nötig wäre, daß berufene Vertreter der Arbeiter mit dem vollen Gewicht der hinter ihnen stehenden Massen ihre Stimme erheben, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Dem Landtag untersteht ferner die Verwaltung der Staatsbergwerke mit ihren vielen Tausenden von Arbeitern, und die Rücksicht über das gesamte Bergwesen im Staat, ferner die Verwaltung der Forsten und Domänen, die gleichfalls ein ganzes Heer von Beamten und Arbeitern haben, die großen Zahl von Domänenpächtern betrifft. Kann in Bezug auf die Domänen des Staates der Landtag direkt für eine große Anzahl Landarbeiter sorgen, so fällt in sein Tätigkeitsbereich auch ein großer Teil der allgemeinen Gesetzgebung hinsichtlich der Landwirtschaft. Der Landtag hat weiter das Schulwesen oder vielmehr fast das ganze öffentliche Unterrichtswesen unter sich. Das Wohl der Lehrerschaft, der Geist, in dem die Schule geleitet wird, die Bestimmung über das Was und Wie des Unterrichtsstoffes unterstehen seinem Einfluß bezw. seiner Entscheidung. Der Landtag hat einen großen Einfluß auf die Gerichtsverwaltung und das Gefängniswesen. Der Landtag ist die höchste Instanz für die Landespolizei und ihre Organe. Er ist der Ort, wo alle Übergriffe und Parteilichkeiten der Polizei gebrandmarkt werden können, wo auf Abstossung der Dra-
mar-

ffierungen der Arbeiter durch die Polizei gebrochen werden kann.

Der Landtag ist ferner Gesetzgeber hinsichtlich der Provinzial-, Kreis- und Gemeinde-Verwaltung. Er hat die Wahlsysteme geschaffen, auf Grund deren diese Körperschaften gewählt werden, trotz deren sie heute meist Klassenvertretungen schlimmster Art sind. Er bestimmt ihre Vollmachten, d. h. seit der kommunalen Selbstverwaltung ihre Grenzen und kontrolliert durch das Mitglied des von ihm zu überwachenden Ministeriums ihr Finanzwesen. Was das heißt, wissen alle diejenigen, die als Mitglieder von Gemeinderäten bei Reformverschlägen bald an der Schule des Klassengeistes der Vertreter der ersten zwei Steuerklassen und bald an der Garibdischer begrenzten Gemeindewollmachten scheitern. Hier ist eine ungemeine Arbeit zu leisten, zu deren Ausführung im Sinne demokratischer Sozialpolitik es einer Demokratisierung der Kommunal-Gesetzgebung bedarf, an die natürlich so lange gar nicht gedacht werden kann, als der Landtag selbst noch dem Einflusse der Demokratie entzogen ist. Um nur eins herauszutragen, so ist man heute in weiten Kreisen nachgerade zur Erkenntnis der Notwendigkeit durchgreifender Maßregeln für die Verbesserung und die Billigung der Volkswohnung gelangt. Man spricht von einem Reichswohngesetz, von Staatsgesetzen über das Wohnwesen. Aber sie werden Stümper bleiben, so lange in den Landtagen und Gemeinden die bestehenden Klassen über die gesuchte Mehrheit verfügen.

Das hier summarisch Vorgeführte ist ein Teil von dem, aber bei weitem noch nicht alles, was dem Landtag ganz oder teilweise untersteht.

Es ist ein Skandal sondergleichen, daß aus einer Körperschaft mit so wichtigen Vollmachten die zu sozialer Reife entwickelte Arbeiterklasse kraft eines verrotten Wahlsystems ausgeschlossen ist. Dies Wahlsystem muß durchbrochen werden. Es ist ein entwürdigendes Ausnahmegesetz, das auf dem Volke in Preußen lastet!

Politische Übersicht.

Im Nachruf für Papst Leo XIII. schreibt der "Vorwärts":

"Und so zählen in der Tat die Erfolge, die Leo XIII. bei den weltlichen Gewalten zu verzeichnen hat, vielleicht zu den größten, die je einem Papst durchzuführen gelungen, um so mehr, als ihm in den meisten Ländern in dem auch politisch geschlossenen Clerikalismus eine allzeit bereite Hilfsgruppe zur Verfügung stand. So beeinflußte Leo XIII., ja auch die innere Politik des Deutschen Reiches. Dennoch aller Ablenkungen unserer Zentrumsführer hat er oft die Entschließungen der mächtigsten Fraktion des deutschen Reichstags im Sinne der Regierung bestimmt, so vor allem, trotz der ausgetragenen Friedensmission der Kirche, bei Abstimmungen über Vermehrung des Heeres und der Flotte!"

Und dies läßt uns auf ein anderes Gebiet der politischen Gegenleistungen, das in der Politik Leos XIII. eine wichtige Rolle spielt. Gerade seine hohe theologische Bildung und zum nicht geringen Teil das fortgesetzte Studium der Aquinaten führt ihn zu einer totalen Bekennung des modernen Sozialismus und seiner Ziele. In der rein theologischen Manier, in den

Ein Kampf ums Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

47]

Wiederholung verboten

Mindestens neun Tage würde es dauern, bis der Vater unten die Pforte oben und wieder dabein wäre. So lange darf ein geistlicher Gott seine Tochter nicht allein lassen, selbst wenn er wollte. Darum ist es törichtlich, zu wissen, daß weder der Sterbende, noch die Nachkommen und Geschlechtsgenossen, welche ihn weinend umstehen, den letzten Trost des Christen vermissen. Jemand ein Frommer spricht das „Beterunter“ und fügt dazu jede dumme Formel hinzu, mit welcher diese athenen Menschen die anderen Götter, an welche sie glauben, zu beschwören suchen. Der Todkrante stammt die Worte nach und stirbt getötet. Ist die Leiche erkalte, so betten sie dieselbe im Bergwald unter einer mächtigen Linde und kehren vorher ein großes Kreuz in den Baum, zu beiden Seiten aber seltsame Zeichen für ihre anderen Götter.

Wer sogar im Sterben nicht an den Sterben denkt, von dem ist nicht zu verwundern, daß er es beim Sterben unterläßt. Wenn da droben ein Mann und ein Mädchen, gewöhnlich schon in reiferen Jahren, zum Entschluß kommen, ihre sehere Lebenszeit in ehelicher Gemeinschaft zu verbringen, so ist dies eine Sache, die außer ihnen zunächst nur die Hinstädter ihrer Siedlungen angeht.

Diese geben dann auch willig ihren Segen, sofern nicht etwa die Hauptleute Geschlechter angehören, welche gerade um eines Besitzstriebs oder gut um einer Bluttat willen verfeindet sind. Siegt dieser Streit nicht vor, so wird sofort der Hochzeitszug festgestellt und es geht die Kunde durch die Berge: „Ihr seid am nächsten Sonntag alle zur Siedlung des Marko geladen, der lange Gesso nimmt die rote Magdusia!“ Dann kommen sie insgesamt gezogen, bringen kleine Geschenke und berauschen sich in dem Brautwein, welchen die beiden Hinstädter in der nächsten Scheune gegen einige Schafe eingetauscht. Und wenn der letzte Tropfen gerunzt ist, dann sind der Gesso und die Magdusia ein Ehepaar geworden, was aber nicht immer eine Aenderung ihrer Lebensweise bedeutet.

Der Segen des Vaters wird leichtwegs grundsätzlich verabschafft, man denkt ja bei solchen fehllichen Gegebenheiten auch der anderen Götter, warum sollte man jetzt die heilige Familie da droben und ihre Diener übergehen? Nur wird keine Heiratung der Welt dem langen Gesso klar machen können, daß die rote Magdusia esst dann sein rechtmäßiges Ehemahl geworden ist, nachdem der Vater seinen Segen über beide geprahnt. Und demgemäß benennt er sich auch. Er breite sich nicht, diesen Segen einzuhalten, sondern wartet auf irgend eine Veranlassung, welche den Zug zur Kirche notwendig macht, also etwa die Karnevalssitzung.

Wenn der Vater ein eiserner Mann ist, so läßt er sich selten

die Gelegenheit entgehen, eine überaus sajige Straßpredigt vom Stapel zu lassen, die nun freilich auf die Herzen seiner Hörer keinen tiefen Eindruck macht als die Ebte, welche man an die Wand schleudert. Die guten Leute begreifen es gar nicht, warum sich der Herr Pope so sehr aufregt: sie wollen es ihm, einem wahnsinnigen Manne, gerne glauben, daß ihr Beobachten den guten Heiland geträumt, aber wie und warum, das bleibt ihnen für immer ein Rätsel.

Es muß leider fraglich bleiben, ob diese freie Aussöhnung der Liebe und Ehe sich wesentlich zum Besseren fehren würde, wenn das Christentum auch im Bergwald mehr wäre als eine blaue, abenteuerlich ausgehandelte Sage, denn die Gründe für die Erschaffung wurgeln sehr tief. zunächst im Blute, diesem Mischlingsblut, in welch in sich noch immer der wilde, müste Haß und Drang des Menschen miteinander. Hierzu die Lebensweise — in derartigen Siedlungen wohnen mehrere Familien in engster Gemeinschaft beisammen — endlich die Besitzverhältnisse. Während anderwärts die Not der Siedler einen Damm segt, füllt hier dieser Brünnig gänzlich fort. Der Neugeborene ist Mitglied jeder Gemeinschaft, der seine Mutter angehört, er hat dasselbe Antrecht auf den Besitz der Siedlung wie jeder andere.

Rechnet man diese traurige Eigentümlichkeit ab, so finden sich am Hujulen wie an jedem Naturmenschen nur jene Laster und Tugenden, welche aus seinen Lebensbedingungen hervorgehen. Es ist neidlos und offenhärtig, tapfer und gärtig, aber auch roh und grausam. Des Kaisers Schreiber lämmert ihn nicht, er braucht seinen Schutz nicht und leistet ihm gewiß keine Steuer. Das mögen seine Stammbewohner in der Ebene tun, auf welche er mit einer Einwölbung hinabblickt, welche aus Mitleid mit Begehrung gefüllt ist.

Dieselbe Empfindung ersfüllt den Hujulen gegenüber dem heimatlosen Gelehrten. Der Eingeborene benimmt sich gegen den Hujdamaten nicht, leidet Marko, „dann hätte das Schreibelein nicht den Weg zu mir gefunden.“ O! diese verdammten Hujdamaten. Das aber ist nur sein erster Gedanke. Dann wird es ihm erst recht klar, welche „Ungerechtigkeit“ es war, ihm deshalb einige Männer und die besten Helle seiner Hütte zu räumen. O! diese verdammten Weißköpfe!

„Ich wollte, sie zögen mit langer Rose ab oder belämen gar vor den Büchsen einige eiserne Bohnen in den Leib, so daß ihnen die Lust zu scharren beigegeht!“ Der Wunsch kommt ihm vom Herzen und schwundet auch dann nicht, wenn sich sein Sohn verläßt. Nur daß er dann in einem Attempth steht: „Diese verdammten Weißköpfe und Hujdamaten!“ Es ist schwer zu sagen, wen der Geist zuerst

berührt hat, daß er und seine Genossen verloren wären, wenn sie der Hujule gegen sie kämpfen. Darum hat sich auch, soweit der Mensch Erinnerung zurückträgt — und diese ist ja die einzige Geschichtsquellen im Bergwald — niemals der Fall ereignet, daß eine Bande einen Angriff auf eine Siedlung gewagt hätte.

So hat der Hujule von dem Hujdamaten selbst keine Gefahr, keinen Schaden zu befürchten. Wohl aber kann ihm um seinem willen beides zukommen: durch die Weißköpfe, welche hinter dem Grindel her sind. Dem Hujulen sind des Kaisers Soldaten schon deshalb unwillkommene Gäste, weil sie Diener einer Gewalt sind, die er nicht begreift, nicht anerkennt.

Nun kommt aber überdies in ihrem Gefolge zwischen jene Gewalt über ihn und kost ihn am Krügen. Des Kaisers „Oberschreiter“ muß sich wohl oder übel in Geduld fügen, wenn Marko Bajowicz weißt eine Steuer entrichtet, noch seine Söhne zur Recrution bringt; aber wenn nun eine Kompanie Soldaten zur Stelle nach Räubern ausgeschickt wird, so gibt er ihnen wohl einen „gewissen Schreiber“ mit, der sich mit dem Marko über beide Punkte mit jener Ruhe auszustreift, welche das Bewußtsein einer ganzen Kompanie dem scharfsinnigen kriegerischen Steuerzahler verleiht kann.

Das ist ein Unglücksstag für die Siedlung; denn wenn sich auch die jungen Leute rechtzeitig geflüchtet, so fallen dem Herren Alzschlitten doch einige Männer und Felle in die Hand. „Bären die Hujdamaten nicht“, leidet Marko, „dann hätte das Schreibelein nicht den Weg zu mir gefunden.“ O! diese verdammten Hujdamaten. Das aber ist nur sein erster Gedanke. Dann wird es ihm erst recht klar, welche „Ungerechtigkeit“ es war, ihm deshalb einige Männer und die besten Helle seiner Hütte zu räumen. O! diese verdammten Weißköpfe!“ flucht er. „Ich wollte, sie zögen mit langer Rose ab oder belämen gar vor den Büchsen einige eiserne Bohnen in den Leib, so daß ihnen die Lust zu scharren beigegeht!“ Der Wunsch kommt ihm vom Herzen und schwundet auch dann nicht, wenn sich sein Sohn verläßt. Nur daß er dann in einem Attempth steht: „Diese verdammten Weißköpfe und Hujdamaten!“ Es ist schwer zu sagen, wen der Geist zuerst

berührt hat, daß er und seine Genossen verloren wären, wenn sie der Hujule gegen sie kämpfen. Darum hat sich auch, soweit der Mensch Erinnerung zurückträgt — und diese ist ja die einzige Geschichtsquellen im Bergwald — niemals der Fall ereignet, daß eine Bande einen Angriff auf eine Siedlung gewagt hätte.

Dieser Ritterstreit der Großfürdungen bestimmt ihn zur Heldenarbeit. Marko Bajowicz würde sich lieber die Zunge abbrennen, ehe dem Ritter der Soldaten die Rüstungskappe des „grauen Bären“ vertriebe. Aber eben so wenig kann es ihm bei dem Hujdamaten sein. Er schlägt zu lassen oder ihm sonstige Hilfe an zu leisten. Mit verschämt Armen sieht er dem Ritter beider Parteien an und das Lächeln wäre ihm, wenn sie sich, wie die Löwen der Sabine, gewaltig aufröhren. Auch andere Erwähnungen legen ihm diese passiven Rollen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Unzufriedenheit in Serbien. Nach Meldungen aus Belgrad rufen die fortwährenden Entlassungen von Beamten und Offizieren große Erregung und Missstimmung sowohl gegen den König wie gegen die Regierung hervor; es sei einem Deutschenbüro aufgefallen, daß sich eines Tages die Missstimmung in ernster Weise Lust macht.

Partei-Angelegenheiten.

Ausdrücklich einverstanden mit Bebels "Erklärung" gegen Eduard Bernstein haben sich nunmehr nach dem Vorblende des "Hamburger Echo" unser Halleisches und unser Nieler Bruderblatt erklärt. Dieselben rühmen die genannte Erklärung sogar als eine Antwort von „einfachender Deutlichkeit.“ Falsch ist es, wenn das „Hamburger Echo“ behauptet, nur München, Karlsruhe und Breslau haben sich gegen die Erklärung gewandt, warum verschweigt es, daß auch diesen drei auch Mannheim, Ludwigshafen, Köln, Mainz, Brandenburg, Kassel, das gleiche getan haben, während Düsseldorf, Chemnitz, Dessau schon vorher mit Bernsteins Vorschlag sympathisierten und Bremen die Zurückweisung der „Münch. Post“ gegen Bebel Zustimmung abdrückte? Frankfurt wandte sich gegen einzelne Teile der Erklärung, Dresden, Magdeburg u. a. nahmen eine völlig unparteiische Haltung ein. Die Zahl derer, welche Bebels Erklärung verurteilten, ist doch etwas größer als das „Echo“ glauben machen will.

Bernstein selbst saß Bebels Erklärung übrigens durchaus nicht etwa tragisch auf, er hält dem Temperament unseres tüchtigen Kämpfers dieses zu gute und sucht persönliche Zusammensetzung mit Bebel auf alle Fälle zu vermeiden.

Eine internationale sozialistische Konferenz fand am Sonntag in Brüssel statt. Auf der Konferenz waren vertreten Deutschland durch Fischer und Braunfisch, Dänemark durch Knudsen, Holland durch van Pol und Coetzelaar, Frankreich durch Wallon. England durch Hyndman und Haworth, außerdem Polen, Russland und die Vereinigten Staaten. Die Handarbeit der Konferenz bestand in der Festsetzung der Tagesordnung für den diesjährigen internationalen Kongreß in Amsterdam. Dieselbe soll lauten:

1. Bericht und Antrag der internationalen Komitees auf Erweiterung.
2. Generalsstreik.
3. Internationale Regelung der sozialistischen Politik.
4. Gewerkschaft und Politik.
5. Internationale Schiedsgerichte.
6. Kolonialpolitik.
7. Trusts und Arbeitslosigkeit.
8. Nationale Gesetzgebung über internationale Ein- und Auswanderung.

Am Schluss der Konferenz beantragte Hyndman, die Konferenz möge den deutschen und dänischen Genossen zu ihren Wahlbezirken einen Glückwunsch aussprechen. Fischer und Braunfisch dankten darauf noch im Namen der deutschen Genossen für die denselben bei den Wahlen zu teil gewordene internationale Hilfe.

Von einer Mandatsniederlegung des bayrischen Landtagsabgeordneten Genossen von Haller berichten wir nach dem „Fränk. Courier“. Wie der „Vorwärts“ hört, soll sich Genosse von Haller allerdings mit der Absicht der Mandatsniederlegung getragen haben, augenblicklich ist die Nachricht jedoch mindestens verfrüht. Auch die Gründe, die der „Fränk. Cour.“ angibt, sind den Tatsachen nicht entsprechend.

Der Pommersche Volkskalender für das Jahr 1904 wird diesmal in einer Auflage von 15'000 Exemplaren in der Provinz Pommern vertrieben werden. Die hohe Auflage mache sich deshalb nötig, weil sich bei der letzten Reichstagswahl in der Provinz eine ganz gewaltige Stimmzunahme für die Sozialdemokratie gezeigt hat und darum mehr Abhänger in den Stand gesetzt werden müssen, in jedem Ort und in jedem Hause sozialdemokratische Lektüre unentbehrlich zu beziehen.

Genosse Däumig in Halle. Unter Hallesches Bruderblatt berichtet: „Vor einiger Zeit konnten wir unseren Freunden die erste Mitteilung machen, daß das Landgericht die Wiederaufnahme des Verfahrens im Prozeß des Bohlers Pilsing gegen unseren Kollegen Däumig beschlossen hatte. Da auch die Staatsanwaltschaft neuerdings dem Beschlüsse beigetreten ist, wird eine neue Hauptverhandlung am 3. August, Montag über 8 Tage, stattfinden. Wie erinnerlich, war Kollege Däumig in diesem Prozeß zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Nach seiner Bekanntmachung der Urteile, welche die Wiederaufnahme des Verfahrens herbeigeführt haben, wird die neue Verhandlung zu einem weiteren zu anderen Ergebnisse führen.“

Arbeiterbewegung.

Zimmerstreik. Bei der Firma Behrlich u. Comp. in Zwickau störte ein Streik der Formere (13 an der Zahl) im August. Von der Betriebsleitung wurde verlust, den in Amtsschriften Formere einen industriellen Schlagabgang zu machen, indem der Hüfssarbeiter, welcher bis jetzt den Sand sieben half, einfach weggenommen und erklärt wurde, die Formere sollten sich gegenwärtig helfen. Den Formeren wurde erklärt, wer sich den Sand nicht sieht, kann sich sofort in neue Papiere holen. So legten denn sämtliche Formere die Arbeit nieder. Jedoch im Laufe des Nachmittags wurden vier Kollegen die Papiere in die Wohnung geschickt und die anderen neun Männer sollten wieder zu den alten Bedingungen weiter arbeiten. Diese nahmen jedoch aus Solidaritätsgefühl die Arbeit nicht auf, sie erklärt sich solidarisch und beschlossen, erst dann wieder zu arbeiten, wenn sämtliche Kollegen ihre alten Plätze einnehmen. Zugang von Formeren ist fernzuhalten.

Lokales und Provinzielles.

*** Nach der Wasser katastrophe.** Die Hilfe des Staates. Wie recht wir hatten, als wir in unserer Montagsnummer im Artikel „Hilfe?“ behaupteten, daß der Staat die dringende Hilfe für die Opfer der schlesischen Hochwasser katastrophe von sich abwälzen und der privaten Wohltätigkeit überweisen würde, beweist uns nachstehende Erklärung der halbamtlichen „Berliner Korrespondenz“:

„In dem von dem Minister des Innern bereitgestellten Hochwasserbericht wird sich die von dem Minister mit den örtlichen Instanzen besprochene Hilfsaktion in einer dreifachen Richtung zu bewegen.“

Zunächst handelt es sich um Rindertreuung der augenblicklichen Not. Dazu wird hoffentlich das Ergebnis der Sammlungen, die großer Öffentlichkeit begegnen, ebenso genügen, wie zur Belebung der unmittelbaren Kosten der Aufräumung und Desinfektion. Letztere namentlich ist von weittragender Bedeutung, da erfahrungsgemäß Epidemien eine Folgeerscheinung derartiger Wasser katastrophen sind.

Sodann handelt es sich um Feststellung des Schadens nach Umfang und Art, namentlich somit Bergbemittelte von Verlusten betroffen sind oder Einzelnen die Ernährungsquelle zerstört ist. Die Feststellungskarte durch die zuständigen Verwaltungsorgane ist für alle Teile der Provinz nach gleichen Grundsätzen vereinbart.

Endlich nach Eingang dieser Berichte wird es der Regierung möglich sein, zu der Frage der Staats- und Kommunalen Stellung zu nehmen. Endlich werden uns offene Maßregeln erworben werden müssen zur Vorbeugung ähnlicher Katastrophen.“

Natürgemäß kann augenblicklich nicht ein lückenloses Programm dafür aufgestellt werden. Dass hier in erster Linie zunächst angebrachte und gründliche Blutversiegelungen und die Schaffung eines Fortschritts der modernen Wasserbautechnik entsprechenden Einheitschutzsteuern in Frage kommen, versteht sich von selbst.“

Diese regierungsoffiziöse Erklärung, die nicht nur die Rindertruuung der dringendsten Not der Sanierungsbedarfe überlässt, sondern sogar die doch im dringendsten Gesamtinteresse vorzunehmende Desinfektion und Aufräumung der zerstörten, verschlammten Gebiete ebenfalls privater Initiative zuweist, ist selbst der so überaus regierungsfrommen „Schlesischen Zeitung“ zu viel; sie schreibt dazu:

„Im Hinblick auf das unsägliche Elend unserer vom Hochwasser betroffenen Landsleute wäre es uns lieb gewesen, wenn wir die erste seit der Katastrophe abgegebene Erklärung der Regierung mit Beifall und ohne Kommentar hätten aufnehmen können. Der sonderbare Wortlaut und noch sonderbarere Gedankengang der vorstehenden Auskunft erfordert jedoch ein Wort der Kritik. Der amtlich ausgesprochenen Ansicht, daß die unmittelbaren Kosten der Aufräumung und Desinfektion“ aus Mitteln privater Wohltätigkeit zu bestreiten seien, können wir uns nicht anschließen. Für öffentliche Ordnung und Volksgesundheit hat der Staat zu sorgen. Das ist in keinem gesetzten Lande Sache privater Wohltätigkeit. Der preußische Staat würde sich ein trauriges Benehmen ausstellen, wenn er in diesem Punkte von seinen altbewährten Traditionen (?) abwiche. Es hieße die halbamtlich gehobene Öffentlicheit entmündigen, wenn man an sie so mißbräuchliche Anforderungen stelle. Auch zur Rindertreuung des zugrundeliegenden Not hat der Staat tiefer in den Sack zu greifen, als bis zu ein paar Tausend Mark, die der Minister des Innern in Oberösterreich gespendet hat. Schade, daß der Antrag nicht von liberaler Seite gekommen ist, denn nun können die Herren Konservativen bei manchen harmlosen Menschen in den gänzlich unbegründeten Ruf als „Volksfreunde“ kommen.“

* **Der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung** ist von konservativer Seite vom Stadtverordneten John und Genossen folgende Interpellation eingereicht worden:

Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die unbeschreibbare Wasserkatastrophe, in welcher sich untere Stadtteile befinden, für die Zukunft auszuschließen, und welche Weise gedenkt der Magistrat die Stadt zu schützen, um die Wiederholung einer ähnlichen Katastrophe, welche die zerstörten ganzen Stadtteile, unberechenbaren Städten zu Gut und Leben unserer Mitbürger herbeiführen könnte, unmöglich zu machen.“

Wir hoffen, daß diese Interpellation nicht nur durch

mehr oder weniger schöne Reden erledigt wird, sondern da

sie als Resultat eine energische Abhilfe der gezeitigten Mi

stände ergiebt. Bemerkenswert ist nur, daß gerade die Herren

Konservativen es sind, die hier die Initiative ergreifen, da

die Herren sind doch sonst nicht so! Wünschen wir, daß e

ihnen recht ernst mit der Abhilfe ist und nicht etwa nur un

ein Ablaufen des Ranges als Erforderung der Inter

pellation zu tun ist. Schade, daß der Antrag nicht von

liberaler Seite gekommen ist, denn nun können die Herren

Konservativen bei manchen harmlosen Menschen in den gänzlich unbegründeten Ruf als „Volksfreunde“ kommen.“

* **Zur Lohnbewegung der Zimmerer.** Das Vorgehen der Zimmerer-Organisation befußt Erhöhung des Stundenlohnes in Breslau, hat einen Erfolg aufzuweisen. Die Ortsverwaltung hatte das Bestreben, noch in diesem Jahr für die Breslauer Zimmerer ein Stundenlohn von 50 Pf. zu erwirken, sagte sich aber, daß bei dem Mitgliederbestande es nicht möglich sein werde, die Forderung bei dem Arbeitgeberbunde durchzusetzen. Bekanntlich rückt dieser sich nach der jeweiligen Stärke der Organisationen. Die Taktik der Ortsverwaltung ging deshalb darum, die Mitgliederzahl binnen einer gegebenen Frist derart zu erhöhen, daß der Arbeitgeberbund mit der Organisation rechnen müsse, und dann die Forderung auf Erhöhung des Lohnes zu stellen. Der eingeschlagene Weg erwies sich als richtig. Die Organisation nahm bedächtlich zu und versetzte sie in die Lage, nunmehr beim Verteilen des Ranges als Erforderung der Interpellation zu verhandeln. Die Breslauer Zimmerer ein Stundenlohn von 50 Pf. zu erbringen.

Welch' tiefe Missstimmung muß bereits weiteste Kreise in Schlesien erfaßt haben, wenn Regierungsbücher sich derart über die Pflichten des Staates äußern. Wir haben von vornherein keine Notiz von der Ministerreise genommen, wissen wir doch aus Erfahrung wie wenig bei derartigen Reisen herauskommt. Es werden einige mehr oder weniger salbungsvolle Reden bei Tisch gehalten, es wird auch Abhilfe zugesagt, aber es geschieht trotzdem nichts. Der alt-Schlesianer geht seinen Gang weiter, bis sich bei einer ähnlichen Katastrophe das alte Spiel wieder erneuert. Wenn wir nicht das Gemeinwohl unseres Volkes höher schätzen würden als unser Parteinteresse, könnten wir uns über die Haltung der Regierung nur freuen. Dessen ist sie doch auch dem Blödesten die Augen, wie es um den Musterstaat Preußen in sozialer und kultureller Hinsicht bestellt ist. Wir werden nicht versetzen, auch bei diesem Anlaß unsere Mitbürger darauf hinzuweisen, wie wenig sie vom heutigen Staat zu erwarten haben und unsere Agitation wird dazu beitragen, immer mehr und mehr den Gedanken in die Köpfe des werktätigen Volkes zu tragen, daß hier nur eine völlige Umänderung der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Voraussetzung schaffen kann. Wenn bei den nächsten Wahlen unser Stimmenzuwachs in Schlesien abermals ein gewaltiger sein wird, so danken wir es unserer heutigen Regierung und ihren volksfeindlichen Maßnahmen.

* **Vom Hochwasser.** Die Schiffahrt im Ober- und Unterwasser ist wieder vollständig gesperrt; nur die Fähne, die auf der freien Oder lagen, konnten heruntergeschleppt werden. Die Schleusen sind derartig ver sandet, daß sie erst nach mehrfacher angestrengter Arbeit wieder frei gemacht werden können.

Die Passagierdampfer verkehren regelmäßig bis Wismuthafen. In den nächsten Tagen sollen die beliebten Abendfahrten bzw. Promenadenfahrten wieder aufgenommen werden. Während nun die Wasserwege wieder im besten Zustande sind, lassen die durch das Hochwasser oft sehr geschädigten Landwege viel zu wünschen übrig. Von dem Geduldigen Weg hat der Strom den Fleiß, völlig abgedwölft, dagegen ist die erst im vorigen Jahre nach dem Frühjahrs-Hochwasser mit Hilfe der Dampfschiffe hergerichtete Steinbrücke gut erhalten geblieben. Auch von dem unter der langen Pappelallee sich hinziehenden Promenadenweg nach Zeditz hin ist die obere Riesse weggeschwemmt worden; der Weg bildet darum in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit keinen angenehmen Spazierweg. Die kleine Holzbrücke am Wappenhofe, in deren Nähe die Leibfähndkämper landen, hat keinen Hochwasserschaden erlitten. Zu beiden Seiten derselben sind zwei tiefe Löcher am Ufer ausgespült worden. In den Weg, der zu den nun wieder zur Aufnahme der Gäste vollkommen hergestellten Restaurationsgäerten von Würde und Lust führt, wurde vom Hochwasser ein gegen 10 Meter langes und bis 4 Meter breites tiefes Loch gerissen, das gegenwärtig auch ausgebessert wird. Die Dammstronnen sind nur Morgenau bis Zeditz und Pitschau vollkommen wasserfrei.

Das Geschäftshaus in Weidenhof musste wegen der Wasserfuge, welche die Brüder dem Park und dem Hause brachte, seine Pfleglinge entlassen. Aber wahrscheinlich werden dieselben auch nicht gleich, nachdem sich die Wassermaßen verlaufen haben, nach Weidenhof zurückkehren, da nach einer solchen Überschwemmung von dem lieben Gelände Ausbünstungen zu erwarten sind, die gefährlich werden können und besonders nicht als Arbeitspiste für Konvoilezzen zu empfehlen sind. Stadtarzt Dr. Debode wird sich daher nach Weidenhof begeben, um die gegenwärtigen sanitären Verhältnisse zu untersuchen. Von dem Anfall der Untersuchung wird es abhängen, wann das Geschäftshaus wieder eröffnet wird.

1. Okt., 21. Juli. Gestern Abend entlud sich über Zeditz ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen. Besitzer hat weder mehrfachen Schaden angerichtet. Der erste bei dem letzten Hochwasser nicht unbedeutend beschädigte Bahnhof vor der heutigen Bahnhofstation, der inzwischen nicht angenommen, trotzdem dort gegenwärtig Hochhäuser ist und keine gebraucht werden. Diese Auspfernung erstreckt sich nicht auf die Ausländer selbst, sondern auch auf gänzlich unbeteiligte Bürgertypen von Heymann. Derselben waren durch den Streik fast in Mitleidenschaft gezogen, als sie in den ersten drei Wochen 1.500 Mark und noch weniger verdienten. Als sie deshalb, von der Polizei vertrieben, in anderen Häusern, in denen immer Bürgertypen gebraucht werden, um Arbeit nachzufragen, wurden sie zurückgewiesen. Das Gewerbegebot, von den Streikenden als Eingangsamt angerufen, verfügt vollständig, weil die Firma Heymann wiederholt ablehnt, dort zu verhandeln. Die „Arbeitswilligen“ in die Fabrik zugeleitet sind. Zwischen 2000 Bürgertypen und dem Arbeitgeberbunde - von nächster Woche ab ein Stundenlohn von 47 Pf. von Pfingsten 1904 ab 50 Pf. zu zahlen und den Vertrag bis zum Jahre 1906 mit 50 Pf. abgeschlossen werden. Ein größeres Zugeständnis sei nicht zu erreichen gewesen. Zwei strittige Punkte sind dabei noch zu erledigen, nämlich die Entlohnung der Junggesellen - die Vertreter des Bundes wollen die volle Lohn nicht gewähren - und die Quantität der Arbeitsleistung, welcher Punkt jedoch mehr die Mauter angeht. Schmid stellt die Frage, ob die Zimmerer das Zugeständnis annehmen oder das letzte Mittel, den Streik, zur Erlangung besserer Bedingungen anwenden sollen. Er erörtert das für und Wider. In Aussicht steht im allergrüngsten Falle die Lohnverhöhung von 47 auf 48 Pf., der eine Erhöhung würde aber viele Kaufleute vom Markt verdrängen und sonst den Kameraden große Opfer auferlegen. Deshalb sei es besser, die 47 Pf. an zu machen, die strittigen Punkte würden sich dann auch lösen lassen. Die Hauptfrage sei die, daß von Pfingsten 1904 ab 50 Pf. ohne jedes Einschreiten geahnt werden müssen. Der Erfolg der Organisation sei immerhin ein nicht zu unterschätzender.

Die Debatte über die Ausführungen Schmid's war eine lebhafte, es beteiligten sich daran die Kameraden Hahn, Schwob, Priesel, Mischa, Eißler, Adam, Massel u. a. Zum größten Teile stimmten sie dem Kameraden zu, der Verteiler des Maurer, Rösler, ermunterte die Zimmerer gleichfalls zur Annahme des gebotenen Stundenlohnes. Nach einem Schlusssatz wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heut, den 21. Juli, im Gewerkschaftshause tagende von 1000 Zimmerern besuchte Versammlung erklärt mit dem Zugeständnis des Arbeitgeberbundes - von nächster Woche ab ein Stundenlohn von 47 Pf. von Pfingsten 1904 ab 50 Pf. zu zahlen und den Vertrag bis zum Jahre 1906 abgeschlossen, einverstanden in der bestimmten Erwartung, daß die Lohnregelung in dieser Weise auf allen Bauern und Zimmerplätzen von statthen geht.“

Es wurde sodann noch der Antrag gestellt und angenommen, wegen der strittigen Punkte eine nochmalige Verhandlung mit dem Bunde herbeizuführen.

* **Berlorener Streik.** Der Streik der Bieher in der Hutfabrik von Gebrüder Heymann ist als beendet zu betrachten. In einer am Dienstag stattgefundenen Gutachterversammlung wurde über die Sachlage beraten.

Es sind zahlreiche Arbeitswillige vorhanden. Diese setzen sich zusammen erstmals aus 11 Mann, welche von 27 ausständigen Biehern wieder als „Arbeitswillige“ in die Fabrik zugeleitet sind. Zwischen 2000 Bürgertypen und dem Arbeitgeberbunde zu diesen noch 2 Zugereiste aus Dresden und ca. 45 Mann von hier aus anderen Betrieben, welche den Streikenden in den Rücken gefallen sind und jetzt in der Fabrik angelockt werden. Wie schon früher berichtet wurde, handelt es sich um einen Lohnabzug von 33/4 Prozent seitens der Firma, gegen den die beteiligten Arbeiter nach ausführlichen Verhandlungen in den Zustand traten. Anscheinend haben die heutigen Hufabfertiganten schwarze Fäden aufgestellt, bevor in den anderen heutigen Betrieben wurden die am Streik Beteiligten nicht angenommen, trotzdem dort gegenwärtig Hufabfertigkeiten nicht gebraucht werden. Diese Auspfernung erstreckt sich nicht auf die Ausländer selbst, sondern auch auf gänzlich unbeteiligte Bürgertypen von Heymann. Derselben waren durch den Streik fast in Mitleidenschaft gezogen, als sie in den ersten drei Wochen 1.500 Mark und noch weniger verdienten. Als sie deshalb, von der Polizei vertrieben, in anderen Häusern, in denen immer Bürgertypen gebraucht werden, um Arbeit nachzufragen, wurden sie zurückgewiesen. Das Gewerbegebot, von den Streikenden als Eingangsamt angerufen, verfügt vollständig, weil die Firma Heymann wiederholt ablehnt, dort zu verhandeln. Die „Arbeitswilligen“ müssen sich durch Unterschrift verpflichten, während der gegenwärtigen Saison zu den der Firma gehörenden Büchern zu arbeiten, müssen Nebenstunden nach Gutachten der Firma ohne Extraabgeltung zu leisten und dürfen nicht Mitglieder des Generalvereins der Hufarbeiter sein.

In der Versammlung von Dienstag wurde die Situation wie hier berichtet geschildert und von allen Rednern eine Weiterführung des Streiks als ausgeschlossen betrachtet. Ein Antrag des Vorstandes auf Aufhebung des Streiks fand einstimmige Annahme. Es verbleiben noch 13 Bürgertypen, welche, obwohl ganz tüchtige Arbeiter, hierorts in neuem Betrieb angenommen werden und demnach noch unterstellt werden müssen.

* **Wegen Verbreitung von Wahlfabrikat.** In Obernigl, Kreis Trebnitz, hatten drei Männer ein Strafe von je 6 Mark erhalten. Sie sollten, wie viele ihrer Leidensgefährte, den betreffenden Saalraum entlang und drangen an mehreren Stellen in die Keller und Hausecke ließliegender Häuser ein. Montag war infolgedessen

Das Schöffengericht in Dresdner, welches gestern über die Sache zu Gericht saß, schloß sich dem Antrage des Anklägers, das Strafmaß auf 9 Mark zu erhöhen nicht an, sondern sprach alle drei Verklagten frei mit der Begründung, daß keine störende und anstrengende Arbeit vorliegt. — Der sozialdemokratischen Partei fasse entstehen aus diesen Projekten trotzdem eine Menge Unfosten für Arbeitsversäumnis der Verklagten, Fahrgeld, Zehrung usw.

Kommission zur Wahrung gemeinsamer Interessen hierorts bestehender eingeschriebenen Hilfsklassen. Für Montag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr lädt der Vorsitzende, Herr Schablonenfabrikant Glagau, die der Kommission zugehörigen Krankenkassen zu einer Delegierten-Sitzung ein, deren Tagesordnung die Konstituierung des Vorstandes, Besprechung der Ausführungsbestimmungen, bezüglich der gesetzlichen Statuten-Aenderungen und diverse weitere wichtige Beratungen.

* 62. Bezirk, Donnerstag, den 23. Juli: Besprechung im bekannten Hotel. Büntliches Eisbeine erwünscht.

* **Wie Proletarier sterben.** Hinter der Jobnetz Eisenbahnunterführung am sogenannten Dörgener Dampfmühlenweg zwischen Sonntag Mittag vorübergehende Arbeiter einen, der Kleidung nach dem Arbeitersland angehörigen Mann, liegen. Da sie ihn für einen Sünder hielten, belämmerten sie sich nicht weiter um ihn. Wie es kam, obwohl waren dieselben Leute, als sie auch am Montag Mittag noch den Mann vordrängten und beim Räuberamt erkannten, daß der Mann ebenfalls eine Reiche war. Da seine Sachen alle bei ihm vergriffen und auch nicht das Geringste vorhanden war, so hätte auf eine Gewalttat schließen lassen, so läßt sich nur vermuten, daß der Tote tödlich — vielleicht durch einen Schlaganfall — dahin getragen worden ist. Vielleicht sind seine Angehörigen in großer Begegnung um den Verdächtigen, der so an der Landstraße ohne Gang und Glied dageblieben.

* **Geisterkarten** in der Schulgasse 22 wohnende Arbeiter Gustav Wilhelm, der auf dem "Germania" am Sonntag als Aufzählerin beschäftigt war. Als der Dampfer nach Schluss der Fahrt in der Schleuse verankert worden war, wurde der Arbeiter über Bord. Es wurden sofort Verhandlungen unternommen, die aber ohne Erfolg blieben. Der Mann war 34 Jahre alt und war mit schwierigem Kompaß, angeschlagen, rosiges Gesicht, Hand und Gamaschen bekleidet. Der 12 Jahre alte Sohn Karl Wagner, Sohn eines Feinmechanikers 5 verhinderten Haushalters, beobachtete am 19. d. M. Nachmittags, wie mehrere andere Kunden in das Schwarzwalder und bade die dort. Hierbei ging er unter und ertrank. Als die anderen Kunden dies sahen, zogen sie sich schnell an und liefen davon. Ein Radfahrer batte jedoch den Vergang beobachtet und fuhr den Kunden nach, die er auch bald erholte und nach dem Namen des ersten unbekannten Kunden wurde die Witwe des Kunden gebunden und in die eigene Wohnung geschafft.

* **An Brandwunden gestorben.** Die 26 Jahre alte Gebäudenfrau Anna, welche am 21. d. M. Morgens, in ihrer Wohnung, Leopoldstr. 6, bei einer Spiritus-Explosion schwere Brandwunden erlitten hatte, in demselben nach kurzer Zeit um Sterbendwunde erlegen.

Lobe-Theater.

Ensemble - Gaßspiel.
"Blümchen als Griechen".
Donnerstag.
"Die Ehre".

Beginn der Vorstellung: 8 Uhr

Neues Sommer-Theater.

Montag, den 22. Juli 1903;
Gaßspiel von Willi Kuhland
im Berliner Theater.

Zum ersten Male:

Das dunkle Thor.

Schaus. in 4 Akten v. J. Weidner.
Endung 8 Uhr.

Donnerstag, den 23. Juli 1903:

Alt-Heidelberg.

Dominikaner.

Montag, 1. d. August.
Täglich „Fidelitas“
1. Auflage. Sämtl. Freimüll
Drs. Paul Rudolf
Anfang 7—8 Uhr. Kurze 10 Pf.
11 Pf. Preis je 1000 Stück.

Zeltgarten.

Dir. B. Kreisnik.
Sommer-Variété im Garten.
Kost wie dazwischen!

Entthauptung einer Dame

Schmeicher das Subtilum
die Bühne bereiteten dort,
um den abgetrennten Kopf, Kopf und Körper
zu verbrennen.

Donnerstag.

Künstler-Vorstellung.

11 Pf.
ausführliche neue Erzählung.
Endung 8 Uhr.

Eintree
nur 10 Pf.

Reisen 20 Pf. 5
Endung 7 Uhr.

Strohhütte

Sporthilf.

Carlsplatz 2, I. Et.

1150

D. Vertud

Reichsstraße 55.

1153

* **Übersfahren.** Der 45 Jahre alte Frachtführer Wilhelm Welzel aus Münsterberg wurde am 17. d. M. auf der Chancée zwischen Altschönig und Weiswiese, Kreis Bautzen, durch den von ihm geführten Wagen überfahren und erlitt einen Armbruch sowie Beinverletzungen. Er wurde im Krankenhaus der Herzbergser Kirche untergebracht, wo er am 19. d. M. verstorben ist.

* **Selbstmord.** Am 19. d. M., Nachmittags, wurde ein unbekannter Mann in einem Keller eines Hauses am Burgfeld erkannt gefunden.

* **Vermißt** wird seit dem 15. d. M. der 9 Jahre alte Schulknabe Paul Wiediger, dessen Eltern Mittelfeld, im Schreiberhaus,

* **Vermißt** wird seit dem 11. d. M. der 30 Jahre alte Schuhmacher Robert Wicha, welcher zuerst Messergasse 25 gewohnt hat. Er ist mit dunklem Jackentasche, braunem Hut und Gamaschen bekleidet. — Das 15 Jahre alte Mädchen Elisabeth Longinaria, dessen Eltern Kleine Scheune 10 wohnen, wird seit dem 15. d. M. vermisst. Das Mädchen trägt einen grünen Rock, blaue Bluse und Strumpf.

* **Gin falscher Glashandelsmarktschein** war vor einigen Tagen hier beschlagnahmt worden. Es ist jedoch festgestellt, daß der Schein nicht in Breslau dem Betreiber übergeben worden ist sondern einer Geldsendung beigelegt hat, die aus Görlitz hierher gelangt ist.

* **Gestohlen** wurden aus einem Barbiergeschäft auf der Friedrich-Wilhelmsstraße in der Nacht zum 20. d. M. eine Anzahl Handtücher und Servietten, ein Rosettmesser und Papiere auf den Tischen, ein Taschenmesser, ein Fächer von der Weissenburgerstraße, ein gelber Kindergarten, einem Arbeiter und einem Maurer, die in einem Hause auf der Nikolaistraße arbeiteten, je ein Tasche, eine Weste, eine Hose und ein weißer Schuh, sowie aus einem Schaufenster am Ring sieben Portemonnaies.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 20. d. M. 30 Personen eingeliefert. — Gefundene werden: eine Uniformkarte, ein Fächer von Oberleder, zwei Kisten Kartons, ein Pinne, eine Damenuhr und ein Fächer Drahtgeflecht. — Abhanden gekommen: ein weißer Kompass, ein goldenes Chemistropfen, ein goldener Übergang mit einer Perle, ein Damenschirm, ein schwanzförmiger Regenschirm, ein schwarzes Overalls, ein Käppi, ein Kasten Schreibstifte und zwei Portemonnaies mit 340 M. und 40 M. — Zugelassen ist eine Freitonne, gezeichnet L. 321 C. R. 61.

* Im Operntheater findet Mittwoch eine Aufführung von "Die Faust" von Goethe, "Faustmann als Erzieher" statt. Donnerstag wird Sudermanns "Eduard" wiederholt.

Neueste Nachrichten.

Abgeordneter Roessle gestorben.

Ein schwerer Verlust hat den deutschen Reichstag und die deutsche Sozialpolitik betroffen. Der Abgeordnete der Freien Sozialistischen Vereinigung, Brauereidirektor Roessle, 52 Jahre in Diensttag Abend an den Folgen einer Operation gestorben.

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Bruders Heinrich Brauerei in Berlin. Er war von 1886—96 stellvertretendes Mitglied des Reichsversammlungskomites,

Richard Roessle war geboren am 24. Juli 1845 in Berlin, besuchte das Gymnasium, erwarb sich in Frankfurt a. M. seine kaufmännische Ausbildung und übernahm 1864 die Leitung der neuen Firma seines Brud